

## Die Stimme der Caritas in der internationalen Klimapolitik

### Wie sich die Caritas für die Stimmen der Armen in der Klimapolitik stark macht

"Harte politische Haltungen, hinter denen oft starke wirtschaftliche Interessen stehen, schwächen das Ergebnis der Weltklimakonferenz. Es reicht nicht aus, um gegenwärtige und zukünftige Generationen vor Umweltkatastrophen zu schützen". So kommentiert Adriana Opromolla den Abschluss des Weltklimagipfels in Polen 2018. Die Referentin für Ernährungssicherheit und Klimawandel bei Caritas Internationalis, der Konföderation der weltweiten Caritas Verbände, koordiniert die Caritas Delegationen auf den Weltklimakonferenzen, unermüdlich. Maximal fünf Caritas Delegierte können an den Verhandlungen jährlich zeitgleich teilnehmen. Ihr Status: Beobachtende Nichtregierungsorganisation. Jahr um Jahr veröffentlicht Caritas Internationalis gemeinsam mit den Partnern ein Statement zum Start und eine Presseerklärung zum Abschluss jedes Weltklimagipfels: Fordernde Positionen für die Klimadialoge und bewertende Worte für das jährliche Ergebnis. So macht die Caritas auf die Relevanz der Klimapolitik auch für die Humanitäre Hilfe und auf die wunden Punkte der Klimakonferenzen aufmerksam. Jedes Jahr aufs Neue fordern die Caritas Delegierten gemeinsam mit den Verbündeten von CIDSE, der internationalen Allianz von katholischen Entwicklungsorganisationen, mit Nachdruck die Politik zum Handeln auf.

## Rückblick auf das Engagement der Caritas in der Klimapolitik

In diesem Jahr – fünf Jahre nach Abschluss des Pariser Klimaabkommens – wird es aufgrund der Corona Pandemie keine Klimakonferenz geben. Ein guter Zeitpunkt, um nachzufragen, wie wirksam eine fünfköpfige Caritas-Delegation auf einer Weltklimakonferenz überhaupt Einfluss nehmen kann.

Und warum beobachtet die Caritas beharrlich die Verhandlungen über die Zukunft des Planeten? Gerade, wenn am Ende doch ein enttäuschtes „Es reicht nicht“ konstatiert wird, ist diese Frage berechtigt. Und was kann die Caritas mit dem für Nichtregierungsorganisationen (NRO) zugestandenem Beobachterstatus überhaupt bewirken? Da doch das Verhandeln, Entscheiden, Begrüßen, Gutheißen und Anerkennen den Mitgliedstaaten des Pariser Klimaabkommens zufällt und die Nichtregierungsorganisationen hier offiziell keine Stimme und keine Entscheidungsmacht haben.

Das Kommuniqué der Caritas Delegation in Katowice 2018 wurde verfasst, als man noch nicht ahnte, dass die Folgekonferenz 2019 behelfsmäßig in Madrid statt in Chile stattfinden und keine Ergebnisse würde liefern können. Es wurde von Kardinalen unterstützt. Die Gesellschaften der einzelnen Länder müssten „so schnell wie möglich zu einem Entwicklungsmodell übergehen, das ohne diese Technologien und Verhaltensmuster auskommt, die zur Produktion von Treibhausgas führen“, so Kardinal Pietro Parolin, der am Eröffnungstag 2018 auf dem Podium stand.

## Auf welches Leitparadigma bezieht sich die Caritas in der Klimafrage?

Das Paradigma, das die Caritas Delegierten auf den Weltklimakonferenzen in ihren politischen Positionen leitet, gründet auf der Enzyklika Laudato Si von Papst Franziskus. Es geht der Caritas-Delegation um Solidarität – insbesondere mit den Menschen, die von den Folgen des Klimawandels schon jetzt betroffen sind. Und es geht um nichts Geringeres als um eine Neudefinition: Die Menschheit muss ihr Verhältnis zur Natur und den Gemeinschaftsgütern neu gestalten.

Diese gemeinsame Position der Caritas-Delegierten baut auf langjährige Erfahrungen in der Not- und Katastrophenhilfe auf, die von den Caritas Verbänden weltweit in über 160 Ländern geleistet wird. Von den armen und am meisten verwundbaren Menschen, für die sie sich in partnerschaftlichen Projekten einsetzen, haben die Caritas-Mitarbeitenden viel gelernt. Sie wissen, wie genau der Klimawandel die Menschen in ihrem Lebenskontext trifft und warum sie gegenüber Dürren, Sturmfluten, Orkanen, Überschwemmungen und Wetterextremen verwundbar sind.

## Eingebettet in die lokalen sozialen Verhältnisse

Gemeinsam mit den Betroffenen haben Caritas-Organisationen weltweit Strategien der Vorsorge und Anpassung entwickelt, die eingebettet werden in die lokalen sozialen Verhältnisse. Wie kann bei einer Katastrophe Leben bewahrt und wie können Ernten gesichert werden? Welche konkrete Praxis hilft den Menschen, Dürren zu überbrücken, Risiken zu minimieren, die Folgen von Fluten und anderen Schäden zu bewältigen? Was brauchen sie ganz konkret im Kontext ihrer wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten, um ihre Widerstandskräfte zu stärken und selber den notwendigen Wandel in ihrem Umfeld gestalten zu können, um mit den Folgen des Klimawandels besser klarzukommen?

Der Erfahrungsschatz der Caritasdelegierten aus allen Kontinenten macht sie zu kritischen Beobachtenden und Teilnehmenden auf den Klimakonferenzen. Die gebündelten Erfahrungen von Hunderttausenden, die von der Nothilfe und Katastrophenvorsorge der Caritasorganisationen begünstigt werden oder für sie arbeiten, stellen die Basis für dieses Mandat dar. In den letzten fünf Jahren in Marrakesch, Bonn, Katowice und Madrid haben sich vor allem die Caritas aus Kambodscha, Mali, Norwegen, Mali, Frankreich, den USA, Neuseeland, Indonesien, Polen und Kenia für eine gerechte Umsetzung der im Paris-Abkommen vereinbarten Klimaziele stark gemacht.

## Wie kam der Klimawandel auf die Agenda von Caritas Internationalis?

Der Exekutivrat von Caritas Internationalis (CI) beschloss 2004, der Caritas Region Ozeanien das Mandat zu erteilen, die weltweite Caritaskonföderation zum Thema Umweltgerechtigkeit zu mobilisieren. Caritas Ozeanien hatte zuvor die Initiative ergriffen und vorgeschlagen, Umweltfragen auf die Agenda zu setzen. Zufall ist das nicht, dass der Impuls aus Ozeanien kam, die Sorge um den Klimawandel ist auf den Inselstaaten groß. In der Broschüre „Turning the Tide“ berichten dortige Caritas-Verbände, wie der steigende Meeresspiegel, Springfluten und Extremwetter die Küsten abgraben und Menschen bereits umgesiedelt werden mussten. Praktische und politische Vorschläge zum Abwenden einer Katastrophe werden in dieser Region der Welt mit einem enormen Nachdruck formuliert.

Die ersten Leitlinien zu Umweltgerechtigkeit (Guidelines on Environmental Justice) veröffentlichte Caritas Internationalis 2005. Umweltgerechtigkeit, wie sie die katholische Soziallehre anwendet, war der Kern dieses

Dokumentes. Es hebt den Zusammenhang zwischen Menschenwürde, nachhaltiger Entwicklung und Umweltschutz hervor. Auch der Klimawandel wurde in diesem Kontext angesichts der Bedrohung, die für zukünftige Generationen von ihm ausgeht, behandelt – also gute zwölf Jahre bevor die junge Klimabewegung unter dem Fridays-for-Future Aufruf erstmals streikte.

Und schließlich wurde der Klimawandel 2007 auf der 18. Generalversammlung von CI diskutiert. 2011 ruft CI mit dem Dokument "Climate Justice - Seeking a Global Ethic" seine Mitglieder zur Reflexion auf und nahm ein Jahr später zum ersten Mal in Polen an einer Weltklimakonferenz teil (COP 16 / Poznan). Noch einmal zwei Jahre später veröffentlichte CI ein Dokument zur Ernährungssicherheit: "What Climate Change Means for Feeding the Planet". Damit will die Konföderation seine Mitglieder zur Reflexion anregen und zeigen, wie eng die Themen Klimawandel und Ernährung miteinander verflochten sind.

### Was sind 2020 die zentralen Caritas-Themen in der internationalen Klimapolitik?

Ausgehend von drei Säulen, der Solidarität als Grundwert, dem Schutz des Gemeinwohls und dem Fokus der eigenen Arbeit auf das Engagement für die Armen, hat die weltweite Caritas Konföderation stets die strukturellen Probleme kritisiert, die zu Klimaungerechtigkeit führen: Entwaldung, Bodenverlust, Verschmutzung und Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und die Gefährdung von Siedlungen auf katastrophengefährdeten Flächen, um nur die wichtigsten zu nennen. Diese Prozesse führen dazu, dass die Ärmsten, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, diejenigen sind, die am meisten unter seinen Auswirkungen leiden. „Solche strukturellen Ursachen hängen alle mit dem vorherrschenden wirtschaftlichen Paradigma zusammen, das auf die Ausbeutung ausgerichtet ist und nicht auf die Pflege unseres gemeinsamen Hauses“, so Adriana Opromolla.

Daher hat die Caritas auf den Klimakonferenzen stets Entscheidungsträger und die Wirtschaft aufgefordert, Richtlinien und Verhaltensweisen zu übernehmen, die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung fördern. Bei den verschiedenen Klimagipfeln der Vereinten Nationen, und umso mehr seit der Verabschiedung des Pariser Übereinkommens über den Klimawandel, fordert die Caritas:

- Ambitionierte Zusagen aller Mitgliedstaaten, die eine tiefgreifende Veränderung der Produktions- und Verbrauchsmuster mit sich bringen, um die globale Erwärmung innerhalb der Grenze von 1,5°C über dem vorindustriellen Niveau zu halten
- Die Industrieländer sollten ihr Versprechen einhalten und den Grünen Klimafonds aufstocken, um bis 2020 die dreifache Summe von 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr zu erreichen. Diese Mittel sollten in erster Linie die ärmsten und bereits betroffenen Gemeinschaften erreichen.
- Eine größere ökologische und soziale Verantwortung für den Privatsektor durch eine starke öffentliche Politik für verantwortungsbewusste und nachhaltige Geschäftspraktiken: Insbesondere sollten bei allen Projekten auf diesem Gebiet zur Bekämpfung des Klimawandels strenge soziale und ökologische Schutzvorkehrungen auf der Grundlage der Menschenrechte und unabhängige Beschwerdemechanismen gewährleistet sein.

- Die Einhaltung der rechtlichen Verpflichtungen der Staaten zum Schutz, zur Achtung und zur Erfüllung der Menschenrechte durch die Eindämmung des Klimawandels nach dem Stand der Wissenschaft, der in den Berichten des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen dokumentiert ist: Eingehalten werden muss vor allem auch die Pflicht der Staaten, Klimapläne (national festgelegte Beiträge) unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der betroffenen Gemeinschaften auf partizipative und transparente Weise auszuhandeln und Maßnahmen für einen gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft zu ergreifen, die niemanden zurücklässt und keine Nachteile für die ärmere Bevölkerung mit sich bringt. Zudem sind die gebührende Achtung und der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung in diesem Prozess zentral.
- Weil die kleinbäuerliche Landwirtschaft hilft, die Ernährung zu sichern und Armut zu lindern, müssen ihre Interessen berücksichtigt werden. Das Pariser Abkommen erkennt die Gewährleistung der Ernährungssicherheit und die Beendigung des Hungers als "grundlegende Priorität" bei der Bewältigung des Klimawandels an; daher sollten die Klimaverhandlungen den Aufbau der Widerstandsfähigkeit der Kleinbauern und Kleinbäuerinnen fördern, auch durch eine Förderung der Agrarökologie und des einheimischen Wissens;
- Kohärenz zwischen Klimaschutz und Katastrophenvorsorge: Wenn die durch den Klimawandel verursachten Verluste an Lebensgrundlagen und Land unumkehrbar werden, sollten wirksame Vorkehrungen für Verluste und Schäden getroffen werden, um die Maßnahmen und die Unterstützung der betroffenen Bevölkerung zu verbessern;
- Im Zuge der Amazonas-Synode 2019 wurde ein stärkeres Engagement für „unser gemeinsames Haus“ gefragt, für die lebenswichtigen Biome des Amazonas und der Welt sowie für die Menschenrechte und Lebensgrundlagen ihrer Bewohner und Bewohnerinnen. Die Staaten tragen die Hauptverantwortung sowohl für Menschen als auch für Biome.

## Warum denken die Caritas-Delegierten grenzübergreifend?

In den meisten Fällen hat die Teilnahme von Caritas-Delegationen aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden an den Weltklimakonferenzen das Gefühl der Zusammenarbeit und der Mitverantwortung gestärkt: Klimawandel wird von ihnen als gemeinsame Herausforderung begriffen. Doch die Delegierten haben auch gelernt, dass diese Arbeit nicht allein bei den Weltklimakonferenzen beginnen und enden kann. Wenn Caritas-Organisationen klimapolitische Wirkung entfalten wollen, dann ist eine langfristige Arbeit notwendig, die auch die nationale Klimapolitik überwacht, kommentiert, begleitet. Hilfreich sind koordinierte Advocacy-Programme mit Caritasmitgliedern in Nord und Süd, die gemeinsam Themen von den entgegengesetzten „Enden“ her angehen.

## Schäden und Verluste

Für viele stark vom Klimawandel betroffene Länder ohne finanzielle Ressourcen hat sich in den Klimaverhandlungen in Madrid ein erhoffter Meilenstein als gravierender Stolperstein erwiesen. Denn in der Klimapolitik stockt ein Thema, das unter dem Stichwort "Loss and Damage" (Verluste und Schäden) die Frage nach Klimagerechtigkeit und nach Solidarität stark berührt. Es geht im Kern um die Frage, wie arme Länder (finanzielle) Hilfe im Falle von Klimaschäden erhalten können, die bereits heute nicht mehr zu verhindern sind. Zum einen fehlen oft finanzielle Ressourcen, um Leben zu retten und um Schäden und Verluste der Überlebenden nicht zu einer Existenzkrise auswachsend zu lassen. Oftmals sind Schäden und Verluste bereits

heute irreversibel und permanent – sie wiegen besonders schwer: Artensterben, Landverluste, versalzene Agrarböden und das Schwinden sozialer Sicherungsnetze, wenn Menschen umsiedeln mussten. Zudem: Der Klimawandel und seine Folgen verstärken die Schuldenkrise in vielen armen Ländern. Das belegt der Schuldenreport von Misereor und Erlassjahr.de von Januar 2020.

Vor allem die Industrieländer als historische Hauptverursacher der Klimakrise blockieren eine grundsätzliche Regelung eines Schadensausgleichs – so das enttäuschende Ergebnis der Weltklimakonferenz in Madrid im Dezember 2019. Sie befürchten, auf milliardenschweren Schadenersatz verklagt zu werden, wenn sie den über inzwischen seit vielen Jahren verhandelten Vorschlägen zu “Loss and Damage“ zustimmen.

Als die Staatengemeinschaft 2013 die Einrichtung des Internationalen Warschau-Mechanismus (WIM) für den Umgang mit Schäden und Verlusten durch den Klimawandel beschloss, definierte man drei Aufgabenbereiche: den Aufbau von Wissen, die Stärkung von Dialog und Koordination sowie die Förderung von Maßnahmen und Hilfen, einschließlich Finanzhilfen bei Schäden und Verlusten durch den Klimawandel. Das dritte Element des Mandats ist seit jeher strittig. Die politischen Haltungen dazu, wie im Falle von klimawandelbedingten Schäden und Verlusten denn Hilfen zu finanzieren sind und inwieweit sich diese Finanzierung mit anderen Finanzflüssen im Rahmen der Klimafinanzierung überschneidet, haben sich seit 2013 verhärtet. Faktisch ist die internationale Gemeinschaft keinen Schritt weitergekommen, um schutzbedürftige Menschen und Länder hier zu unterstützen.

Auf der letztjährigen Klimakonferenz in Madrid hatten die verletzlichen Entwicklungsländer einen internationalen Geldtopf im Rahmen des sogenannten Warschau-Mechanismus für den Umgang mit Schäden und Verlusten gefordert, doch auch der wurde abgelehnt. Ob eventuell eine Entschuldungsinitiative für besonders von der Klimakrise betroffene Staaten einen Weg darstellt, um verhärtete Verhandlungsfronten wieder aufzuweichen, wird aktuell zum Beispiel von deutschen Entwicklungsorganisationen wie Misereor diskutiert.

## Wie brauchbar ist eine Klimaversicherung?

Eine weitere Möglichkeit, Klimarisiken in armen Ländern finanziell abzufedern, bieten Rückversicherungen. Das ist ein sensibles Instrument, dessen Einsatz im Kontext der sozialen Belange abzuwägen ist. Zwar helfen „Klimaversicherungen“ nicht gegen den steigenden Meeresspiegel und Extremwetterlagen. Doch die Auszahlung einer Prämie an ein Land, das nachweislich von einem Wirbelsturm getroffen wurde, oder an humanitäre Hilfsorganisationen, die im Falle einer Flut oder Flächenbränden tätig werden können, kann für Betroffene eine konkrete und schnelle Hilfe darstellen, um Schäden und Verluste zu lindern.

Ein recht neues und mögliches Feld für eine kritische Begleitung durch die Caritas könnte die InsuResilience-Initiative der G20-Staaten sein, mit der bis zum Jahr 2025 insgesamt 500 Millionen Menschen gegen Naturkatastrophen versichert werden sollen. Wer zahlt die Beiträge, wer erhält die Prämien? Unter welchen Bedingungen wird ausbezahlt und an wen? Werden die Bedürftigsten erreicht und berücksichtigt? Wer sitzt in den Entscheidungsgremien? Wie verhält sich die Tatsache, dass gewinnorientierte Rückversicherungsunternehmen voraussichtlich an der Klimakrise verdienen?

## Allianzen schmieden

Was folgt für die Caritas Konföderation als Beobachterin der Klimadiplomatie daraus, wenn Regierungen zentrale Punkte wie Schäden und Verluste in der Klimapolitik ausklammern, wenn sie zur Begrenzung der Klimagase und damit der Erderwärmung lediglich Regeln und Programme vereinbaren, aber faktisch das Klima weiter verheizen? Zwar sind Regeln für den Klimaschutz wichtig, doch dem Klima ist mit einem Regelwerk auf Papier noch nicht geholfen. Nach der enttäuschenden Runde in Madrid ist gut zu überdenken, an welchen Orten und mit welchen Strategien klimapolitischer Einfluss geltend gemacht werden kann.

Umso mehr rechnen Hilfswerke wie Caritas international damit, dass auch in den kommenden Jahren die humanitären Katastrophen, die durch die Erderwärmung mitverursacht werden, einen enormen Aufwand in der humanitären Hilfe erfordern. Zum einen, um mit einer guten Vorsorge Menschen besser gegen die Erderwärmung und deren Folgen zu wappnen. Zum anderen, weil trotz Vorsorge immer mehr Schäden und Verluste vor allem die Ärmsten treffen, die keine Kraft mehr haben, ihre Ernährung und ihre Existenz aus eigenen Mitteln zu sichern.

Die Bauern in Indien und Mosambik, die ihre Ernten 2018 und 2019 in den Fluten des Monsun verloren haben, oder die Viehhalter und Landwirte am Horn von Afrika, die aktuell mit einer Heuschreckenplage und weithin mit Dürre, Hunger und Wasserstress kämpfen müssen, die Menschen in Haiti oder auf den Philippinen, die mit der zerstörerischen Kraft immer heftigerer Wirbelstürme zurechtkommen müssen: Sie haben auf der Welt am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen. Die meisten von ihnen fahren kein Auto, haben keine Heizung und konsumieren wenig. Doch sie haben am meisten unter den Folgen des Klimawandels zu leiden. Wie aus humanitärer Sicht die enorme Aufgabe zu bewältigen ist, diese Betroffenen zu unterstützen, wird die Partner der Caritasorganisationen auch künftig weltweit beschäftigen, ob mit oder ohne Aussicht auf eine handlungsfähige Weltklimapolitik.

Allianzen sind auf Klimagipfeln und auf nationaler Ebene an vielen klimapolitischen Fronten bei der Setzung humanitärer Schwerpunkte unerlässlich, um das starke Gewicht und den Einfluss privater Unternehmen auf ihre nationalen Regierungen auszugleichen und um die Blockadehaltung einiger Staaten – wie jüngst Brasilien und Australien – aufzuweichen.

Um mehr Verhandlungsmacht zu haben, arbeitet Caritas Internationalis auch künftig mit CIDSE zusammen, dem katholischen Schwester-Netzwerk, und tauscht sich mit dem Climate Action Network und anderen Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen aus. Prälat Peter Neher, Präsident des Deutschen Caritas Verbandes, hat 2017 eine klare Haltung und Botschaft zum Klimathema verfasst: Klimaschutz ist eine soziale Aufgabe. Und die Rolle der Caritas im Rahmen des Klimaschutzes ist es insbesondere, ökologische und soziale Fragen miteinander zu verknüpfen und gemeinsam mit den betroffenen Menschen nach Lösungen zu suchen. Hierzu ist es notwendig, die Erfahrungen aus unterschiedlichen Projekten in öffentliche Debatten einzubringen. Denn nur im Austausch lässt sich ein Verständnis von Fortschritt entwickeln, das “gesünder, menschlicher, sozialer und ganzheitlicher ist” (LS 109), wie Papst Franziskus in seiner Enzyklika “Laudato si” eindrücklich beschreibt.

## Stetig und ohne zu ermüden

Die Positionen der Caritas Delegationen auf den Weltklimakonferenzen sind diesbezüglich von einer Stetigkeit gezeichnet: Es muss schnell und zügig der Ausstieg aus der fossilen Energiewirtschaft auf sozial verträgliche Weise angepackt werden. Dazu gehört auch, Finanzmittelflüsse mit einer klimafreundlichen und emissionsarmen Entwicklung in Einklang zu bringen und Geld dafür bereitzustellen, dass die Menschen sich besser gegen die Folgen des Klimawandels schützen können. Denn es braucht Taten statt schöne Worte.

In Katowice 2018 ahnte man noch nicht, dass Greta Thunberg, die dort zum ersten Mal auf einer UN-Klimakonferenz eine Rede hielt, ein gutes Jahr später in New York vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen und in Davos auf dem Weltwirtschaftsgipfel den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ins Gesicht sagen würden „How dare you“, wie können Sie es wagen, in Anbetracht des Artensterbens tatenlos zu bleiben. Schon seit Jahren wird offensichtlich, dass der Kampf gegen den Klimawandel „immer mehr zu einer moralischen als zu einer technischen Frage“ wird, meinte Kardinal Parolin auf der COP 24 in Polen. Dabei trat er für eine „neue Mentalität“ ein, die auch die „ethische und menschliche Dimension des Klimawandels“ ins Auge fassen müsse. Damals ahnte noch niemand, dass mit Fridays-for-Future eine weltweite Bewegung jenseits verschlossener Konferenzräume hörbar und sichtbar dafür sorgt, dass der Klimawandel auf den politischen Agenden internationaler und nationaler Politik Priorität hat.

Inzwischen gehen die Young Caritas und erfahrene langjährige Caritas-Mitarbeitende in Freiburg gemeinsam auf die Klimaproteste und fordern „für die Ärmsten weltweit – Klimagerechtigkeit“. Diese Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit ist – trotz der stockenden Klimapolitik - auch Rückenwind für die Caritas-Delegationen für künftige Klimaverhandlungen.

Martina Backes, aktualisiert im September 2020

(herzlichen Dank an Adriana Opromolla für das Hintergrundinterview)